

*Stolpersteine Frankfurt (Oder)*  
*Schicksale und Verlegungsorte der Mitbürger der*  
*Stadt Frankfurt (Oder)*  
*(Stand: 09.03.2020)*

Verlegung 2021

**Rosenstraße 36 = heute: Dr. - Hermann - Neumark -Straße/Eingang  
Lennèpark**

**Cäcilie Lewy, Elisa Köhler, Emma Lewin, Isidor Bernard, Margarete  
Margarethe Landshoff, Johanna Bykiel und Else Nathan (C.R. Höft)**

lfd. Nr.	Vorname	Name	Verlegort	Verlegdatum	Paten
1.	Cäcilie	Lewy	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	05.06.2013	Frau Sigrun Fritsch und Herr Peter Fritsch
2.	Isidor	Bernhard	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	29.04.2014	Herr Heinz Vater
3.	Elisa	Köhler	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	29.04.2014	DIE LINKE.Frankfurt (Oder)
4.	Emma	Lewin	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	29.04.2014	Renè Wilke, Kreisvorsitzender, DIE LINKE.Frankfurt (Oder)
5.	Margarete	Landshoff	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	13.05.2016	Utopia e.V.
6.	Johanna	Bykiel	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang	31.05.2017	ohne

**STOLPERSTEINE**  
□ Frankfurt (Oder)

2

www.stolpersteine-ffo.de  
kontakt@stolpersteine-ffo.de

			Lennèpark		
7.	Else	Nathan	Dr. - Hermann - Neumark - Straße/Eingang Lennèpark	31.05.2017	ohne



Rosenstraße - Aufnahme von 1915 - Bildarchiv B. Klemm Frankfurt (Oder)

## Ein Foto und seine Geschichte

Aufnahme aus der Rosenstraße dokumentiert Sanierungsgebiet von 1934

Frankfurt (thg) Die frühere Rosenstraße war Anfang der 1940er Jahre für viele jüdische Bürger aus Frankfurt der letzte bekannte Wohnort, ehe sie in die Vernichtungsstätten des Dritten Reiches verschleppt wurden. Für zwei von ihnen – Margarete Landshoff und Isaak Pick – sollen am 13. Mai Stolpersteine verlegt werden. Die MOZ berichtet darüber in einer Serie. In unserer Mittwochausgabe war ein Beitrag dazu illustriert mit ei-

nem historischen Foto der Rosenstraße, entnommen aus den Recherchen der Initiativegruppe Stolpersteine. Wie das Frankfurter Stadtarchiv nun informierte, stamme die Aufnahme dabei aus dem Jahr 1934, und nicht 1915, wie irrtümlich angegeben. Das Originalfoto sei im Besitz des Stadtarchivs – und es hat eine interessante Geschichte.

„Der Inhaber des Frankfurter Fotoateliers L. Haase & Co., später Foto-Fricke Frankfurt

(Oder), Walter Fricke erhielt damals vom Magistrat den Auftrag, in einer Fotoserie den Zustand der drei Sanierungsgebiete für die geplante Altstadtanierung zu dokumentieren“, berichtet Ralf-Rüdiger Targiel, Leiter des Stadtarchivs. Dazu hätten neben der eng bebauten Rosenstraße nahe der westlichen Stadtmauer noch die Gubener Mauerstraße – heute am Oderturm – sowie das Gebiet am Oderufer zwischen Ziegelstraße und der Straße Am Graben gezählt.

Die Häuser an der Rosenstraße mit insgesamt 120 Wohnungen habe man später jedoch nicht mehr sanieren sondern abreißen wollen. Wie es hieß, seien sie „ausnahmslos ungesund und für den Aufenthalt von Menschen ungeeignet“. Stehen blieben die alten, teils baufälligen Häuser letztlich zunächst dennoch. In der Rosenstraße befand sich damals auch das Hospital der jüdischen Gemeinde, in dem nach dem „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ von 1939/1940 viele Frankfurter, die aus ihren Wohnungen geworfen wurden, notdürftig unterkamen.



Die Rosenstraße im Jahr 1934

Foto: Stadtarchiv Frankfurt (Oder)

Märkische Oderzeitung - Frankfurter Stadtbote vom 21.04.2016

Ein Beschluss zur Benennung der „Rosengasse (= Rosenstraße)“ konnte nicht ermittelt werden. Möglich ist, dass „einfachhalber“ die kleine Straße beim „Lenné-Park“ bei der sog. Innenstadtverdichtung in Bezug zur alten Straße gesetzt wurde, also keine Neubenennung beabsichtigt war. Die alte Straße hieß jedoch „Rosenstraße“ und hatte einen insgesamt anderen Verlauf. Stadtpläne der Jahre um 1700 bis 1953 geben darüber ebenso Auskunft wie Adressbücher, Steuerregister u.ä. Über die Herkunft des Jahrhunderte alten Namens gibt es nicht wenige Vermutungen.

Zwei seien aufgeführt:

Zu Zeiten der Stadtgründung und danach war für die Bebauung reichlich Platz vorhanden.

Der Raum hinter der Stadtmauer wurde überhaupt nicht bebaut. Hier lagen oft Gemüse- und Blumengärten, die der dicht hinter der westlichen Stadtmauer entlangführenden Straße den

Namen „Rosenstraße“ gegeben haben könnten.

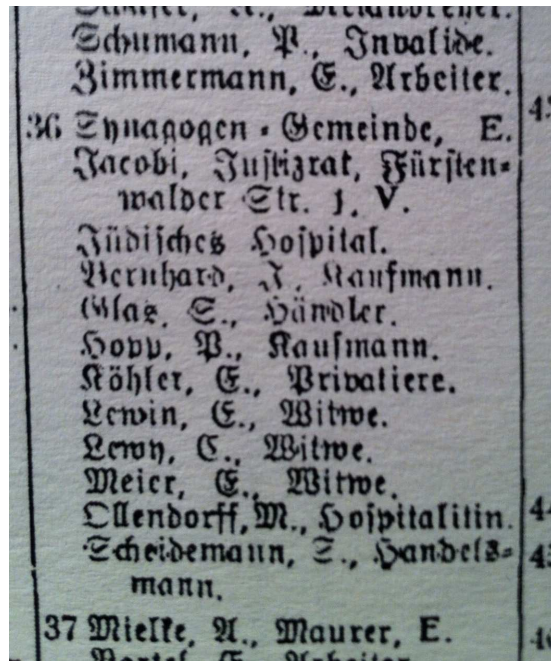
Überwiegend sprach man sich jedoch für die „Rose“, welche im Volksmund für das

„unzüchtige Weib“ steht, aus. Die Überlegung ist, dass die Dirnen der Stadt hier wohnten. Bei der eigentlich neuen „Rosengasse“ wurde mit Sicherheit an die Blume gedacht.

In der Rosengasse 36 wurde - nur wenige Jahre nach der Errichtung der Synagoge in der Richtstraße / Wollenweberstraße, heutige Straßenführung der Karl-Marx-Straße - das jüdische Hospital und Krankenhaus am 13.05.1838 eröffnet.

Es stand also nordwestlich der heutigen Lenné-Passagen bzw. dem vormaligen Hotel „Stadt Frankfurt“.

Die mittelalterliche Stadtmauer war am längsten und ausgiebigsten in Form der Rückseite der äußeren Häuserreihe in der Rosenstraße erhalten.



Wohnungsbuch der Haupt- und Handelsstadt  
der mittleren Ostmark Frankfurt (Oder) 1935/1936 - Auszug für die „Rosenstraße“

Nordwestlich des einstigen Hotels „Stadt Frankfurt“ stand das Hospital.

Nur wenige Jahre nach der Errichtung der Synagoge konnte der auf Vorschlag von Professor Spieker mit dem Ehrendoktorat der Universität Leipzig ausgezeichnete Frankfurter Rabbiner

Samuel Holdheim feierlich das in der Rosenstraße 36 errichtete jüdische Hospital und Krankenhaus am 13.05.1838 eröffnen.

Es bestand aus 6 Krankenstuben mit je 2 Betten, die 3 Zimmer waren mit je 1 Bett ausgestattet.

Das entspricht einer Gesamtbettenkapazität von 15 Betten.

Die Rosenstraße 36 wurde im III. Reich unter den Nationalsozialisten als „Judenhaus“ genutzt.

Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. Juni 1939, (RGBl I, S. 864), selten auch Entmietungsgesetz genannt, änderte den gesetzlichen Mieterschutz zu Lasten jüdischer Mieter und Vermieter. Hausgemeinschaften mit „deutschblütigen“ Nachbarn sollten aufgelöst werden: Gemeindebehörden konnten im Einvernehmen mit arischen Vermietern den Wohnraum für nichtjüdische Familien freimachen und Juden in beengte Räumlichkeiten von Judenhäusern einweisen.

Beim Anschluss Österreichs begannen im März 1938 Wiener Nationalsozialisten, Juden gewaltsam aus begehrten Wohnungen zu vertreiben.

Um „Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu vermeiden“ sollten die „wildern Aktionen“ gebremst werden. Ziel war es einerseits, durch die Zusammenlegung jüdischer Familien Wohnraum zu gewinnen, den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten und der populären Parole „Hinaus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen“ nachzukommen.

Andererseits hatte Hermann Göring nach den Novemberpogromen 1938 die Separierung der jüdischen Bevölkerung in Ghettos erwogen.

Reinhard Heydrich hielt jedoch eine polizeiliche Überwachung dort für schwierig, empfahl eine Unterbringung in einzelnen Judenhäusern und rechnete dabei mit einer Kontrolle „durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung“.

Adolf Hitler selbst entschied nach Vortrag Görings Ende Dezember 1938, den „Mieterschutz für Juden nicht generell aufzuheben“, vielmehr „in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, dass Juden in einem Haus zusammengelegt werden...“.

Die Arisierung des Hausbesitzes sei deshalb an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen. Vordringlich sei die Arisierung der Betriebe und Geschäfte sowie des landwirtschaftlichen Grundbesitzes.

In der amtlichen Begründung zum „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ hieß es, dass es eine vertrauensvolle Hausgemeinschaft zwischen Deutschen und Juden nicht geben könne.

Das Gesetz sah im § 1 vor, dass ein jüdischer Mieter sich nicht mehr auf den gesetzlichen Mieterschutz berufen durfte, sofern sein nichtjüdischer Vermieter nachweisen konnte, dass sein Mieter anderweitig untergebracht werden konnte.

Nach § 2 konnten auch längerfristig vereinbarte Verträge vorzeitig gekündigt werden, sofern ein Teil (Mieter oder Vermieter) als Jude galt.

Nach § 3 durften jüdische Mieter nur Juden als Untermieter aufnehmen.

Ein § 4 schrieb vor, dass jüdische Eigentümer auf Verlangen der Gemeindebehörden weitere Juden als Mieter oder Untermieter aufzunehmen hatten.

Juden durften gemäß § 5 leerstehende oder freiwerdende Räume nur mit Genehmigung der Gemeindebehörden vermieten.

Weitere Bestimmungen betrafen u. a. Mietaufhebungsklagen, Ersatzansprüche, Räumungsfristen sowie eine generelle Anmeldepflicht jüdischen Wohnraums, die in eingeschränkter Form bereits zuvor für Berlin und München verordnet worden war. Auf so genannte privilegierte Mischehen sollte das Gesetz keine Anwendung finden.

Wohnungsämter, Hausbesitzer und Maklerfirmen machten sich in enger Zusammenarbeit mit regionalen Gestapo- und Parteidienststellen daran, Häuser und Wohnungen zu „entjuden“.

Die zugewiesenen Ersatzwohnungen lagen in Gebäuden, die noch nicht arisiert waren. Dazu gehörten nicht nur „jüdische“ Häuser, Wohnungen und Pensionen, sondern oft Einrichtungen der jüdischen Gemeinden: Kindergärten und Schulen, Altersheime und Krankenhäuser, Büros und Versammlungsräume, Betsäle und Friedhofshallen.

Zugleich bemühte man sich, „deutschblütige“ Mieter zum freiwilligen Auszug aus Wohnungen jüdischer Eigentümer zu bewegen.

Da für sie der gesetzliche Mieterschutz weiter galt, appellierte man an ihr „gesundes Volksempfinden“ und schlug ihnen einen Wohnungstausch vor.

Eine „Verordnung zur Änderung und Ergänzung über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 10. September 1940 (RGBl I, S. 1235) betraf insbesondere die Großstädte Berlin, München und Wien, löste dort nunmehr auch die jüdischen Mietverhältnisse in jüdischen Häusern auf und

führte zu einer zweiten Kündigungswelle. Ältere Schätzungen gehen von mehr als 30.000 Wohnungen allein für Berlin aus, die noch vor Beginn der Deportation freigeräumt wurden.

Der erzwungene Wohnungswechsel stellte für die Juden einen massiven Eingriff in ihre Privatsphäre und auf ihr Selbstwertgefühl dar.

Zum Verlust der vertrauten Wohngemeinschaft kam der Umzug in meist primitive und beengte Räumlichkeiten.

Mit der Einweisung in Judenhäuser fielen Verdienstmöglichkeiten durch Untervermietung oder Mittagstischgäste aus.

Erinnerungen von Otto Billerbeck:

„Zu dieser Zeit ging es den wenigen Gemeindemitgliedern immer schlechter. Das Hospital in der Rosenstraße war überfüllt. Die Leute wurden hier buchstäblich zusammengepfercht.

Feuerungen gab es nicht und Kartoffeln waren mehr als knapp. Hier konnte ich helfen, kaufte Holz und Kartoffeln auf und in aller Frühe wurde es durch einen zuverlässigen Kraftfahrer in die Stadt geschafft. Die Verhältnisse für die Gemeindemitglieder wurden immer unhaltbarer. Alle hatten ihren Rucksack gepackt und warteten stündlich, dass sie abgeholt werden. Dieser Zustand war für die armen Menschen furchtbar. Wenn man zu dieser Zeit jemanden besuchte, immer erst des ängstliche Fragen und dann das Freuen. Es waren zu dieser Zeit nicht viele, die treu waren.“

Auf der „Volkszählungsliste vom 17.05.1939 für Frankfurt (Oder)“ wird Cäcilie Lewy bereits in der „Rosenstraße 36“ erfasst.

Im Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945 gibt es nur den folgenden Eintrag zu Cäcilie Lewy:

**Lewy, Cäcilie**

geborene Wedell

geboren am 09. August 1863 in Märkisch Friedland / Deutsch Krone / Westpreußen  
wohnhaft in Frankfurt a. d. Oder

Deportationsziel:

ab Tilsit - Königsberg

24. / 25. 08. 1942, Theresienstadt, Ghetto

Todesdatum/-ort:

04. September 1942, Theresienstadt, Ghetto

Am 24./25.08.1942 wurde Cäcilie Lewy in das Ghetto Theresienstadt deportiert.  
In dem Transport befanden sich 763 Personen.

Dieser Transport kam am 27.08.1942 im Ghetto Theresienstadt an.

Dort verstarb Cäcilie Lewy am 04.09.1942 im Alter von 79 Jahren.

Im Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen  
Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945 gibt es den folgenden Eintrag zu Elisa Köhler,  
Emma Lewin und Isidor Bernard:

**Koehler, Elisa Elise**

geboren am 09. Juni 1864 in Zielenzig / Oststernberg / Brandenburg  
wohnhhaft in Frankfurt a. d. Oder

Deportationsziel:

ab Tilsit - Königsberg

24. / 25. 08. 1942, Theresienstadt, Ghetto

Todesdatum/-ort:

06. September 1942, Theresienstadt, Ghetto

**Lewin, Emma**

geborene Baron

geboren am 03. August 1873 in Koschmin (poln. Kozmin) / - / Posen

wohnhhaft in Frankfurt a. d. Oder

Deportationsziel:

ab Tilsit - Königsberg

24. / 25. 08. 1942, Theresienstadt, Ghetto

16. Mai 1944, Auschwitz, Vernichtungslager



**Bernhard, Isidor**

geboren am 13. Dezember 1859 in Kossar / Crossen a. Oder / Brandenburg  
wohnhaft in Frankfurt a. d. Oder

Deportationsziel:

ab Tilsit - Königsberg

24. / 25. 08. 1942, Theresienstadt, Ghetto

Todesdatum/-ort:

08. November 1942, Theresienstadt, Ghetto

Bereits am 24./25.August 1942 wurden aus dem Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) 92  
Juden in das Protektorat Böhmen-Mähren „evakuiert“.  
24 jüdische Mitbürger kamen aus Frankfurt (Oder).

Elisa Köhler war die laufende Nummer 27 auf der Transportliste und ihre Kennkarten-Nr.  
lautete A00055.Sie war ledig.

Emma Lewin war die laufende Nummer 28 auf der Transportliste.  
Ihre Kennkarten-Nr. lautete A00223.

Isidor Bernard war die laufende Nummer 22 auf der Transportliste. Ihre Kennkarten-Nr.  
lautete A00154.

Sie wohnten alle in der Rosenstraße 36 und wurden aufgrund ihres Alters auf der  
Transportliste als arbeitsunfähig geführt.

Emma Lewin und Isidor Bernard waren verwitwet.

Am 24./25.08.1942 wurden Elisa Köhler, Emma Lewin und Isidor Bernard in das Ghetto  
Theresienstadt deportiert.

In dem Transport befanden sich 763 Personen.

Dieser Transport kam am 27.08.1942 im Ghetto Theresienstadt an.

Dort verstarb Elisa Köhler am 04.09.1942 im Alter von 78 Jahren.

Isidor Bernard verstarb dort am 08.11.1942 im Alter von 83 Jahren.

Emma Lewin wurde am 16.05.1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Die Transporte von Theresienstadt bis Auschwitz dauerten 3Tage.

Im Jahre 1944 wurde durchschnittlich über 1500 Menschen ins das Vernichtungslager  
Auschwitz deportiert.

Auf der hölzernen Gedenktafel in der Gedenkstätte der Opfer der politischen Gewalt in  
Frankfurt (Oder) sind „Luise“ Köhler und Emma Lewin verewigt.

Im Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen  
Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945 gibt es den folgenden Eintrag zu Margarete  
Landshoff:

**Landshoff, Margarete Margarethe**

geborene Cohn

geboren am 13. November 1865 in Schwerin (Warthe) / - / Posen

wohnhaft in Schwerin a. d. Warthe und Frankfurt a. d. Oder

Deportation:

ab Tilsit - Königsberg

24. / 25. 08. 1942, Theresienstadt, Ghetto

Todesdatum: 15. September 1942

Todesort: Theresienstadt, Ghetto

Ghetto Theresienstadt  
 Der Altstadtrat

**WWS.** **Doštední zápis narizení.** No. 1215  
**TODESFALLANZEIGE** Datum: 6.9.1948 Podpis: [Signature] Sterbematrik 4668/11

Name (bei Frauen auch Mädchennamen) **LANDSHOFF geb. Stahn** Vorname **Margarete** Tr. Nr. **465**

Geboren am **13. IV 1865** in **Schwarze (Mähren)** Bezirk **Schwarze**

Stand **Darwinblock** Beruf **ohne** Relig. **nrst** Geschl. **weibl**

Staatsangehörigkeit **D. R.** Heimatgemeinde **Schwarze**

Letzter Wohnort (Adresse) **Schwarze Frankfurt, Rosenstr. 36**

Wohnort in Theresienstadt Gebäude No. **Q-215** Zimmer No. **Wb. 017**

Name des Vater \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_ Letzter Wohnort \_\_\_\_\_

Name der Mutter (Mädchennamen) \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_ Letzter Wohnort \_\_\_\_\_

Sterbetag **15. 4. 42** Sterbestunde **18 h** Sterbeort: Theresienstadt

Genaue Ortsbezeichnung (Gebäude, Zimmer) **Q-215 Wb 017**

	Name	Tr. Nr.	Verwandtschaftsgrad	Wohnadresse (b. Gatten u. Kindern auch Geburtsdaten)
in Theresienstadt				
im Protektorat				

Tag der letzt. Eheschließung \_\_\_\_\_ Ort der letzt. Eheschließung \_\_\_\_\_ Zahl d. Kinder aus letzt. Ehe \_\_\_\_\_

Art des Personalausweises **Komm.Karte** No. **27-00081** Ausgestellt von **Kriegsm. und Schwarz.**

Behandelnder Arzt: **Dr. Beck Emil**

\*Krankheit (in Blockschrift)  
**ENTERITIS ACUTA, AKUTER DARMKATARRH**

Todesursache (in Blockschrift)  
 \_\_\_\_\_

Totenbeschau führte durch **Dr. Emil Tamsky** Tag u. Stunde der Totenbeschau **15.9.42 19 h 45**

Ort der Beisetzung \_\_\_\_\_ Tag u. Stunde der Beisetzung \_\_\_\_\_

Theresienstadt, am **15.9.1942**

Der Totenbeschauser: [Signature] Der Amtsarzt: [Signature] Der Chelarzt: [Signature]

(c) holocaust.cz

Landshoff Margarete: Todesfallanzeige, Ghetto Theresienstadt

Auf der hölzernen Gedenktafel in der Gedenkstätte der Opfer der politischen Gewalt in Frankfurt (Oder) ist Margarete Landshoff nicht verewigt.

Im Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945 gibt es die folgenden Einträge zu Johanna Bykiel und Else Nathan:

### Bykiel, Johanna

geborene Senger  
geboren am 15. März 1866 in Grabow / - / Pommern  
wohnhaft in Berlin und Frankfurt a. d. Oder  
Emigration:  
Tschechoslowakei (CSR)  
Deportation:  
ab Tilsit-Königsberg  
24./25.08.1942, Theresienstadt, Ghetto  
Todesdatum: 29. Januar 1944  
Todesort: Theresienstadt, Ghetto

### Nathan, Else

geborene Eckstein  
geboren am 28. April 1883 in Göttingen / - / Hannover  
wohnhaft in Frankfurt a. d. Oder  
Deportation:  
ab Tilsit-Königsberg  
24./25.08.1942, Theresienstadt, Ghetto  
28. Oktober 1944, Auschwitz, Vernichtungslager

Deportation am	Deportation ab	Anzahl deportierter Personen	Ankunft	Deportationsort
24.-25. August 1942	Tilsit - Königsberg	763	27. August 1942	Theresienstadt

Deportation am	Deportation ab	Anzahl deportierter Personen	Ankunft	Deportationsort
28. Oktober 1944	Theresienstadt	2056	30. Oktober 1944	Auschwitz

Quelle: Bundesarchiv

Gedenkbuch

Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945

Chronologie der Deportationen aus dem Deutschen Reich

**Geboren 15. 03. 1866**

Geburtsname: Senger

Letzte Wohnadresse vor Deportation: Frankfurt/O.

Transport XIV/1, nr. 447 (27. 08. 1942, Königsberg -> Theresienstadt)

Ermordet 29. 01. 1944 Theresienstadt

[XIV/1 \(27. 08. 1942, Königsberg -> Theresienstadt\)](#)

Deportiert insgesamt: 764

Ermordet: 733

Überlebt: 31

Else Nathan

**Geboren 28. 04. 1883**

Geburtsname: Eckstein

Letzte Wohnadresse vor Deportation: Frankfurt/O.

Transport XIV/1, nr. 460 (27. 08. 1942, Königsberg -> Theresienstadt)

Transport Ev, nr. 1074 (28. 10. 1944, Theresienstadt -> Auschwitz)

Ermordet

[XIV/1 \(27. 08. 1942, Königsberg -> Theresienstadt\)](#)

Deportiert insgesamt: 764

Ermordet: 733

Überlebt: 31

[Ev \(28. 10. 1944, Theresienstadt -> Auschwitz\)](#)

Deportiert insgesamt: 2035

Ermordet: 1872

Überlebt: 163

Quelle: <http://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer>

Bereits am 24./25. August 1942 wurden aus dem Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) 92 Juden in das Protektorat Böhmen-Mähren „evakuiert“.

24 jüdische Mitbürger kamen aus Frankfurt (Oder).

Johanna Bykiel und Else Nathan waren die laufende Nummer 24 und 37 auf der Transportliste.

Auf der hölzernen Gedenktafel in der Gedenkstätte der Opfer der politischen Gewalt in Frankfurt (Oder) ist nur Else Nathan verewigt.

Die Stolpersteine lauten wie folgt:

Kopfstein:

FRÜHER ROSENSTR. 36  
**JÜDISCHES  
KRANKENHAUS**  
EINGEWEIFHT 13.5.1838  
1866 ALTENHEIM  
SEIT DEN 40ER JAHREN  
„JUDENHAUS“

**CÄCILIE LEWY**  
GEB. WEDELL  
JG. 1863  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
ERMORDET 4.9.1942

**ISIDOR BERNHARD**  
JG. 1859  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
ERMORDET 8.11.1942

**ELISA KÖHLER**  
JG. 1864  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
ERMORDET 6.9.1942

**EMMA LEWIN**  
GEB. BARON  
JG. 1873  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
1944 AUSCHWITZ

ERMORDET

**MARGARETE  
LANDSHOFF**

GEB. COHN  
JG. 1865  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
ERMORDET 15.9.1942

**JOHANNA BYKIEL**

GEB. SENGER  
JG. 1866  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
ERMORDET 29.1.1944

**ELSE NATHAN**

GEB. ECKSTEIN  
JG. 1883  
DEPORTIERT 1942  
THERESIENSTADT  
1944 AUSCHWITZ  
ERMORDET

- Quellen:
1. Bundesarchiv Berlin - Abteilung Reich
  2. Residentenliste des Bundesarchiv Berlin
  3. Verzeichnis der nichtarischen Geschäfte und Inhaber von freien Berufen in Frankfurt (Oder), 1935
  4. [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)
  5. Liste der stimmfähigen Mitglieder der Synagogengemeinde Frankfurt an der Oder aus dem Jahre 1925
  6. Yad Vashem
  7. Stadtplan von Frankfurt (Oder) von 1909
  8. Das Schicksal der Frankfurter Juden vom jüdischen Friedhof in Frankfurt - ausgesehen, Otto Billerbeck, 27.03.1950, Bundesarchiv Berlin SAPM - Barch, DY 55/V 278/2/144
  9. Bildarchiv Bernhard Klemm, Frankfurt (Oder)
  10. Frankfurter Adressbücher 1935/36 und 1941
  11. Volkszählungsliste 17.05.1939

12. Dipl.-Archivar Ralf-Rüdiger Targiel, Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
13. holocaust.cz - Datenbank der digitalisierten Dokumenten  
<http://109.123.214.108/de/document/DOCUMENT.ITI.4747>
14. Märkische Oderzeitung - Frankfurter Stadtbote Vom Gehorsam zum Zweifel von Frauke Adesiyon vom 17.04.2011)
15. [www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer](http://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer)

## Straße: Wiesenstr. 26 - heute: Narutowicza, Słubice

Helmuth Johannes Flohr (Konrad Tschäpe)

Über das kurze Leben von Helmuth Johannes Flohr ist nicht viel bekannt. Er wird am 16. Januar 1928 in Frankfurt (Oder) geboren, die Eltern wohnen zu dieser Zeit in der Wiesenstraße 26. Als das Kind gut ein Jahr alt ist, wird es am 1. November 1930 „wegen geistiger Minderbegabung“ – wie es in der Akte heißt – in das Wilhelmstift der Brandenburgischen Landesanstalt zu Potsdam eingewiesen. Hier diagnostizieren die Ärzte einige Jahre später Epilepsie, wobei bei späteren Untersuchungen aber keine hirnorganischen Ursachen gefunden werden. Die Familie von Helmuth Johannes lebt in denkbar prekären Verhältnissen. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass der Vater im Ersten Weltkrieg verwundet wurde und nun als Schwerbeschädigter mit den Folgen leben muss. Er arbeitet als Anstreicher, obwohl er seinen rechten Arm schwer bewegen kann, und hat 1939 sechs weitere

Geschwisterkinder des Jungen zu versorgen. Die Familie muss mehrfach umziehen und wohnt 1936 in einer „Kellerwohnung, die das ganze Jahr hindurch feucht ist“, wie es in einem Dokument in der Akte zu Helmuth Johannes heißt. Am 25. August 1938 wird das Kind von Potsdam nach Brandenburg-Görden überwiesen, wo wenig später die Unfruchtbarmachung beantragt, aber wohl nicht durchgeführt wird. Die Ende 1939 erstellte Diagnose, in der es zusammenfassend heißt, das Kind sei dauernd anstaltspflegebedürftig, kommt einem Todesurteil gleich. Am 9. Mai 1940 wird in einem letzten Eintrag der Krankenakte vermerkt: „Wird heute auf Verfügung des Reichsverteidigungskommissars in eine andere Anstalt verlegt.“, was mit zwei



Unterschriften bekräftigt wird. Auf dem Aktendeckel ist zynisch „ausgeschieden“ für den 9. Mai 1940 vermerkt. Tatsächlich wurde das zwölfjährige Kind an diesem Tag ermordet. Auf dem Frankfurter Hauptfriedhof findet sich Untersuchungen von Horst Joachim zufolge ein Urnengrab für Helmuth Johannes Flohr.

Quelle: Bundesarchiv, BA R179/8589

TU MIESZKAŁ  
**HELMUTH J.FLOHR**  
UR. 1928  
SKIEROWANY 1930  
ZAKŁAD LECZNICZY POTSDAM  
„PRZENIESIONY“ 9.5.1940  
DO BRANDENBURGA  
ZAMORDOWANY 9.5.1940  
„AKCJA T4“

HIER WOHNTE  
**HELMUTH JOHANNES**  
**FLOHR**  
JG. 1928  
EINGEWIESEN 1.11.1930  
HEILANSTALT POTSDAM  
`VERLEGT` 9.5.1940  
BRANDENBURG  
ERMORDET 9.5.1940  
„AKTION T4“

9 Stolpersteine bei 2 Verlegeorte